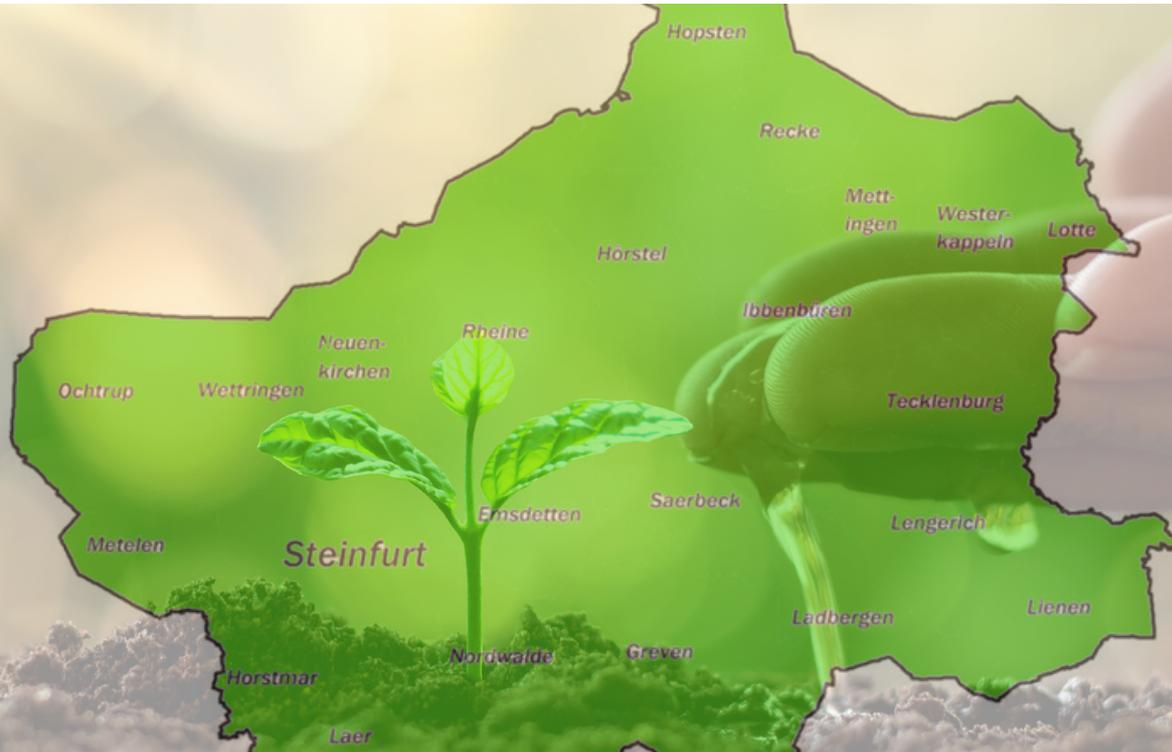


INHALT

WertArbeit entfristet	SEITE 2
Inklusion ist kein Extra	SEITE 3
Alltagshelfer für KiTas	SEITE 4
FMO - teuer und unbedeutend	SEITE 4

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

KREISTAGSFRAKTION STEINFURT



DER KLIMAWANDEL IST ANGEKOMMEN IM KREIS

KEINE ENTNAHME VON WASSER AUS BÄCHEN, FLÜSSEN UND SEEN / WASSERSTRATEGIE IST GEFORDERT

Die Konsequenzen des Klimawandels haben selbst Fachleute in dieser Dramatik und Häufigkeit so schnell nicht erwartet: Wegen der geringen Niederschlagsmengen in den Monaten Mai und Juni 2022 sowie der anhaltenden Bodentrockenheit, verbunden mit einer mangelnden Anreicherung der Gewässer durch Bodensickerwasser- und Grundwasserzuflüsse, haben sich in den oberirdischen Gewässern des Kreises Steinfurt sehr niedrige Wasserstände eingestellt. Der für Fische, Kleinstlebewesen und Pflanzen lebensnotwendige Mindestwasserabfluss ist daher nicht mehr flächendeckend gewährleistet. Damit liege eine die Schutzmaßnahmen rechtfertigende Beeinträchtigung des Wasserhaushalts im Kreisgebiet vor, heißt es in der Allgemeinverfügung zur Beschränkung der Wasserentnahme aus oberirdischen Gewässern auf dem Gebiet des Kreises Steinfurt.

Da sich die bestehende Situation der Oberflächengewässer, voraussichtlich auch bis zum Ende der Sommerperiode 2022 nicht wesentlich verändern wird und weiter mit niedrigen Wasserführungen zu rechnen ist, gilt diese Regelung vorerst bis zum 31. Oktober 2022. "Wir unterstützen diese Verfügung. Der Klimawandel ist jetzt für uns alle spürbar im Kreis angekommen", erklärt Elke Schuchtmann-Fehmer für die Kreistagsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN. Mittel- und langfristig sei es notwendig, dass wieder mehr Regenwasser in der Landschaft bleibt und so ins Grundwasser sickert, anstatt es schnell in Flüsse und weiter ins Meer abfließen zu lassen. Diesem Ansatz folgt auch das Aktionsprogramm "Natürlicher Klimaschutz", das Bundesumweltministerin Steffi Lemke im September präsentieren will.

Der umweltpolitische Sprecher der Grünen im Bundestag, Jan-Niclas Gesenhues, begrüßt diesen Ansatz. Mit vier Milliarden Euro stecke viel Geld im Aktionsprogramm. Fest steht für ihn: Die öffentliche Wasserversorgung muss Vorrang genießen.



**ÖFFENTLICHE WASSERVERSORGUNG
MUSS VORRANG GENIEßEN**

Die öffentliche Wasserversorgung ist für rund 20 Prozent der entnommenen Wassermenge verantwortlich. Etwas mehr als 20 Prozent entnimmt die Industrie. Die Energieversorger benötigen - zum Beispiel zur Kühlung - ungefähr die Hälfte des deutschen Jahreswasserbedarfs.

WERTARBEIT - JETZT FRISTLOS VERLÄNGERT

SOZIALUNTERNEHMEN DES KREISES WIRD AB 2023 UNBEFRISTET FORTGEFÜHRT

Die Kreistagsfraktion freut sich sehr, dass das Sozialunternehmen des Kreises Steinfurt, die WertArbeit gGmbH, mit Jahresbeginn 2023 unbefristet fortgeführt wird. "Wir haben von Anfang die Idee des Kreises, ein eigenes Sozialunternehmen zu gründen, um Langzeitarbeitslose wieder an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen, mit aller Kraft unterstützt", betont das Sprecherteam, Elke Schuchtmann-Fehmer und Jan-Philip Zimmermann. Die Gesellschaft

erhält zur Sicherung der nötigen Eigenanteile für die Jahre 2023 bis 2027 jährlich 320000 Euro. Nach der Gründung der "WertArbeit" im Dezember 2013 befasste sich der Kreistag mehrfach mit der Perspektive des Unternehmens. Zuletzt wurde 2017 die befristete Fortführung des Unternehmens bis Ende 2022 beschlossen, die jetzt entfristet worden ist. Nach anfänglicher Skepsis im politischen Raum hat sich das Konzept etabliert.

Der WertArbeit gGmbH ist es in den vergangenen Jahren gelungen, im Schnitt 65 Prozent der Beschäftigten nachhaltig in Arbeit zu vermitteln. Dies ist auch im Vergleich zu anderen Gesellschaften und Trägern eine sehr hohe Vermittlungsquote. Neben der wesentlichen Verbesserung der Perspektiven für jeden einzelnen und jede einzelne Beschäftigte bedeutet diese Vermittlung auch eine langfristige Reduzierung staatlicher Unterstützungsleistungen. Damit werden auch die kommunalen Haushalte im Kreis Steinfurt vor allem im Rahmen des SGB II und auch in den Produkten des Amtes für Soziales und Pflege entlastet. Alle von der WertArbeit Steinfurt gGmbH initiierten Projekte verfolgen das Ziel, neue Beschäftigungsfelder zu entwickeln und zusätzliche gemeinwohlorientierte Arbeitsplätze zu schaffen. Neben der erfolgreichen Zusammenarbeit mit anderen Trägern hat sich mittlerweile unter anderem die Geschäftsführung am Café Clara am Kloster Gravenhorst als großer Erfolg erwiesen.



Der Erfolg WertArbeit gGmbH hat viele Gesichter.

Fotos (3): www.wertarbeit-steinfurt.de

Mehr zur WertArbeit:

<https://www.wertarbeit-steinfurt.de>

FLAGGE ZEIGEN FÜR WILLKOMMENSKULTUR

ZEICHEN DER HERKUNFTSLÄNDER SOLLEN SOLIDARITÄT SIGNALISIEREN

Der Kreis Steinfurt bietet Geflüchteten aus der Ukraine mit hohem Engagement Zuflucht, Unterbringung und Versorgung, weil er sich gegenüber den unteilbaren Menschenrechten verpflichtet sieht. Auch die Menschen im Kreis Steinfurt zeigen eine tiefe Anteilnahme und Solidarität. Äußeres Zeichen dieses Mitgefühls ist oft die Nationalflagge der Ukraine in den Farben blau-gelb, die auf vielfältige Weise im öffentlichen und privaten Raum gezeigt wird. Krieg kennt keine kulturellen Grenzen: auch die aus anderen Kriegs- und Krisengebieten geflüchteten Menschen brauchen unsere uneingeschränkte Unterstützung und unsere Solidarität. Die hohe Zahl an Asyl- und Schutzsuchenden, die vor Krieg, Verfolgung und Not aus ihrer Heimat geflüchtet sind, stellt uns vor vielfältige Herausforderungen. Eine nachhaltige Willkommenskultur, die Geflüchtete anspricht und einbezieht, erleichtert die Integration.



Dieses Zeichen wäre für die neu ankommenden Geflüchteten trotz aller Sprachbarrieren etwa durch die sichtbare Platzierung ihrer Nationalflaggen direkt verstehbar. Hier sollte eine geeignete Form der Darstellung gewählt werden. Denkbar sind auch Wandgemälde oder Collagen. Diese in den kreiseigenen Gebäuden

und Anlaufstellen im Kreis Steinfurt in geeigneter Form zu installieren, fordert daher die Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Antrag. Ziel dabei ist es, die positive Grundhaltung aller Behörden gegenüber Migrant*innen im Kreis Steinfurt zum Ausdruck zu bringen.

„INKLUSION IST KEIN EXTRA ZUR DEMOKRATIE“

HANDBLUNGSBEDARF BEIM THEMA TEILHABEGERECHTIGKEIT

Inklusion ist ein Menschenrecht, das keine Pandemie beugen kann. Die Umsetzung von Inklusion lässt sich aus Sicht der Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht lösen von den Ansprüchen auf Freiheit, Gleichbehandlung und Solidarität für alle Menschen im Kreis Steinfurt, ungeachtet ihrer Religion, Herkunft körperlichen oder psychischen Konstitution sowie sonstigen individuellen Merkmalen. Aktuell tragen zwei Anfragen an den Landrat und ein Antrag der GRÜNEN im Kreis diesem Zusammenhang Rechnung. "Die Corona-Pandemie gefährdet die Gesundheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Allerdings nicht allein wegen der teilweise von Populisten gezielt forcierten Kontroversen um die Seuchenschutzmaßnahmen. Corona hat auch ohnedies die Chancengerechtigkeit in den vergangenen Jahren in vielen Lebensbereichen drastisch verschärft", betont das Sprecherteam Elke Schuchtmann-Fehmer und Jan-Philip Zimmermann. „Inklusion ist kein Extra zur Demokratie. Beides gehört zusammen in allen Bereichen.“

Sich aktiv für Demokratie, Toleranz, Vielfalt, Freiheit, Frieden und den Zusammenhalt aller hier lebenden Menschen einzusetzen, bedarf auch im Kreis Steinfurt der Anleitung und Koordination.

Das auf Kreisebene beschlossene Handlungskonzept EXTRA will durch die strukturierte Erfassung von rechtsextremen, antisemitischen oder rassistischen Strukturen im Kreis Steinfurt dazu beitragen, mit geeigneten Gegenmaß-

nahmen und Angeboten, um Toleranz und Miteinander im Kreis Steinfurt zu fördern.

Die Demokratiekonferenz am 15. September 2022 im Großen Sitzungssaal des Kreishauses lädt Bürgerinnen und Bürger, Träger, Organisationen, Vereine und Jugendliche ein, sich über Fördermöglichkeiten und zu demokratiefördernden und Projekten im Kreis Steinfurt zu informieren (www.kreissteinfurt.de/ki-veranstaltungen).



**FREIHEIT,
GLEICHBEHANDLUNG UND
SOLIDARITÄT GILT FÜR ALLE
MENSCHEN IM KREIS
STEINFURT, UNGEACHTET
IHRER RELIGION, HERKUNFT
KÖRPERLICHEN ODER
PSYCHISCHEN KONSTITUTION**

Ebenfalls an das Interesse einer gleichberechtigten Teilhabe richteten sich die beiden Anfragen an den Landrat zur Umsetzung der Inklusion und Chancengerechtigkeit sowie zu den Hilfen für psychisch Kranke und ihrer Familien im Kreis Steinfurt.

Unter anderem möchten DIE GRÜNEN vom Landrat erfahren, welche zielgruppenspezifischen Angebote zur Erreichung einer chancengerechten Teilhabe auch für Menschen aus Armutslagen, für Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderungen, psychisch erkrankte Menschen, alte Menschen und für Menschen mit Migrationshintergrund es im Kreis gibt.

Dass in diesen Bereichen akuter Handlungsbedarf ungeachtet vom weiteren Verlauf der Pandemie besteht, steht für DIE GRÜNEN fest.

VORFAHRT FÜR ACHT E-BUSSE IM KREIS

ERFOLGREICHER ÄNDERUNGSVORSCHLAG

Möglichst schnell, möglichst viele E-Busse auf die Strecke bringen. In diesem Ziel waren sich Grüne, SPD und Die Linke einig mit ihrem Änderungsantrag. Eigentlich wollte der Kreis Steinfurt die RVM beauftragen, einen Wasserstoffbus und vier Elektrobusse zu beschaffen. Diese sollten auf Linien im Kreis Steinfurt zum Einsatz kommen und fünf konventionelle Dieselbusse ersetzen. Die RVM

sollte in Abstimmung mit der Verwaltung die Möglichkeiten des Einsatzes von Fördermitteln für die Anschaffung und den Betrieb des einen Wasserstoffbusses und der vier Elektrobusse prüfen und beantragen. Für die Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die Wirtschaftlichkeit der E-Busse deutlich besser. Die CO2-Einsparungen durch die E-Busse sind ebenfalls wesentlich höher.

Der Änderungsvorschlag lautete: Drei E-Busse sollen mit der verfügbaren Landesförderung so beschafft werden, dass sie 2023 in den Einsatz gehen können. Fünf weitere E-Busse sollen mit der Bundesförderung beschafft werden und 2024/2025 in den Einsatz gehen. Der Änderungsantrag ist schließlich abgestimmt und mehrheitlich beschlossen worden.

FMO - TEUER UND UNBEDEUTEND

FMO-GUTACHTEN: KREISTAGSFRAKTION SORGT FÜR TRANSPARENZ IN DER DEBATTE

Das Thema FMO ist naturgemäß von öffentlichem Interesse, soweit es nicht die internen Geschäftsbedingungen betrifft. Für größtmögliche Transparenz mit dem öffentlich viel diskutierten FMO-Gutachten will jetzt ein Antrag der GRÜNEN Kreistagsfraktion sorgen. Demnach wurde die Tagesordnung des Kreisausschusses am 7. Juni 2022 um einen TOP „Umgang mit dem Gutachten zum FMO“ ergänzt. Außerdem wird nun das Gutachten auch den sachkundigen Bürger*innen der beiden Ausschüsse Umwelt und Wirtschaft zur Verfügung gestellt. Um entsprechend in den Fraktionen und Gruppen intern diskutieren zu können, ist es unerlässlich, auch den



sachkundigen Bürger*innen die notwendigen Informationen zukommen zu lassen. Kurz nach den Sommerferien fand ein weiterer Erörterungstermin mit den Gutachter*innen statt. Fest steht demnach für DIE GRÜNEN der Kreistagsfraktion: Alle Prognosen der Vergangenheit haben sich als viel zu optimistisch erwiesen. Der Flughafen ist ein Millionengrab und hat für einen geringen Verkehrsnutzen Millionen an öffentlichen Geldern verschlungen.

Der FMO kommt selbst in der unmittelbaren Umgebung nur auf einen Marktanteil von 25 Prozent. Konkret starten 3 von 4 FMO-Anwohner*innen ihre Flugreisen lieber in Düsseldorf, Dortmund, Bremen oder Hannover. Es gibt viele Anhaltspunkte, dass ein erheblich verkleinerter Flughafen auch ohne Subventionen wirtschaftlich überleben kann. Daher ist nur zu begrüßen, wenn der FMO - wie in der Presse berichtet - auch 2023 ohne die vorgesehenen 10 Millionen Euro auskommt. Bund und Land sind gefordert, den Subventionswahnsinn der Regionalflughäfen zu stoppen und durch bundes- und landesweite Luftverkehrskonzepte zu steuern.

MITARBEIT VON BÜRGER*INNEN STETS SEHR WILLKOMMEN

Die Vielfalt unserer Fraktion ist unsere Stärke. Wir teilen politische Macht und verstehen uns als Bündnispartei, die auf der Grundlage gemeinsamer Überzeugungen offen ist für unterschiedliche Erfahrungen, Vorstellungen und Ansätze. Wir sind auf vielfältiges biographisches Erfahrungswissen und vielfältige Perspektiven aus der ganzen Breite der Gesellschaft angewiesen. Unser Ziel: Für den Kreis Steinfurt umfassende Antworten auf Fragen zu finden, die uns als gesamte Gesellschaft betreffen. Aktuell suchen wir besonders für die Bereiche Wirtschaft, Bauen, Verkehr, Wohnen und Digitales sowie Schule, Sport, Kultur und Tourismus.

Wir freuen uns auf den Austausch und die Kontaktaufnahme gerne per Mail an fraktion@gruene-kreis-steinfurt.de. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

MEHR ALLTAGSHELPER FÜR DIE KITAS IM KREIS

PERSONALSITUATION IN EINRICHTUNGEN SPITZT SICH ZU

Der Personalmangel in den Kindertageseinrichtungen hat sich in den vergangenen Monaten zugespitzt. Träger von Kindertageseinrichtungen teilen mit, dass sie einen großen Personalausfall in den Einrichtungen zu verzeichnen haben. Sie berichten, dass eine große Anzahl von Fachkräften unter anderem aus psychischen Gründen erkrankt ist und somit längere Zeit ausfällt. Trotz intensiver Bemühungen finden die Träger im laufenden Kindergartenjahr kaum Fachpersonal, um die Kinder adäquat betreuen und den geforderten Mindestpersonalwert aufrechterhalten zu können. Der Personalmangel hat zur Folge, dass der von den Eltern gebuchte Betreuungsumfang in den Einrichtungen nicht gehalten werden kann. Einige mussten bereits die Betreuungszeiten einschränken. Teilweise mussten Einrichtungen einzelne Gruppen schließen und in mehreren Fällen kam es sogar zu einer tageweisen Schließung der kompletten Einrichtung. Dies führt zu einer extremen Unzufriedenheit bei den Eltern. Durch die Schließungen können viele Eltern ihrer Berufstätigkeit nicht mehr nachgehen, einige Eltern berichten sogar schon von drohenden Kündigungen des Arbeitsplatzes. Die Anzahl der Elternbeschwerden im Kreisjugendamt ist in den vergangenen Wochen extrem angestiegen. Viele Träger äußerten den Wunsch, dass das im Rahmen der Corona-Pandemie entstandene „Alltagshelfer-Programm“ des Landes NRW fortgeführt wird. Die Kreistagsfraktion B90/DIE GRÜNEN stimmt diesem Antrag zu, der vom Kreistag in der Sitzung am 20. Juni 2022

einstimmig beschlossen worden ist. Die hierdurch finanzierten nicht pädagogischen Kräfte sind eine enorme Entlastung für das pädagogische tätige Personal. Da für die Alltagshelferinnen und Alltagshelfer deutlich geringere Qualifikationsanforderungen als an das Fachpersonal bestehen, ist der Personalmarkt hierfür deutlich größer. Um das Alltagshelferprogramm im Zeitraum August 2022 bis Dezember 2022 fortführen zu können, werden Mittel in Höhe von rd. 1,3 Millionen Euro veranschlagt. 300.000 Euro konnten durch die bereits beschlossene Aufstockung des Ausbauprogramms „Ernährung, Bewegung, Gesundheit“ nach einem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN finanziert werden. Die Fortführung des Programms ist mit weiteren Aufwendungen in Höhe von rund 1 Millionen Euro für das Haushaltsjahr 2022 verbunden. Der in den Kindertageseinrichtungen erforderliche Personaleinsatz wird unter anderem durch den hohen Anteil an 45-Stunden-Buchungen begründet. Die Zahl der Buchung dieser maximalen Stundenzahl hat sich in den letzten Jahren insbesondere auch durch die Einführung des weiteren beitragsfreien Kindergartenjahres erhöht. Das Kreisjugendamt beabsichtigt, in den Einrichtungen, in denen bereits jetzt absehbar ein akuter Personalmangel vorherrschen wird, die Eltern aktiv zu kontaktieren mit der Bitte, den Umfang der Betreuungsverträge - sofern möglich - auf ein notwendiges Mindestmaß anzupassen. Auch hierdurch soll eine weitere Entspannung der personellen Situation erreicht werden.